

Deutsches, Europäisches und
Vergleichendes Wirtschaftsrecht

130

Maximilian Stark

Fortführungsprinzip und (Vor-)Insolvenz



Nomos

**Deutsches, Europäisches und
Vergleichendes Wirtschaftsrecht**

herausgegeben von
Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. h.c. Dr. iur. h.c. Werner F. Ebke,
LL.M. (UC Berkeley)

Band 130

Maximilian Stark

Fortführungsprinzip und (Vor-)Insolvenz



Nomos

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Vereins zur Förderung des Deutschen, Europäischen und Vergleichenden Wirtschaftsrechts e.V.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8898-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-2953-6 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021/2022 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Abgeschlossen wurde das Manuskript im Dezember 2020. Rechtsprechung und Literatur wurden bis Januar 2022 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem verehrten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. h.c. Dr. iur. h.c. *Werner F. Ebke*, LL.M. (UC Berkeley) für die Betreuung dieser Arbeit sowie die Unterstützung bei der Auswahl und Bearbeitung des Themas. Darüber hinaus danke ich ihm für die Förderung meiner Person bereits seit Beginn meines Studiums und die Möglichkeit, an seinem Lehrstuhl am Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht tätig gewesen sein zu dürfen. Ebenso danke ich ihm für die Aufnahme meiner Arbeit in seine Schriftenreihe zum Deutschen, Europäischen und Vergleichenden Wirtschaftsrecht. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Peter Hommelhoff* danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie Herrn Prof. Dr. *Dirk A. Verse*, M. Jur. (Oxford) für die Übernahme des Vorsitzes in der Disputation.

Ganz herzlich danken möchte ich darüber hinaus meinen Freunden am Lehrstuhl. Dazu zählen insbesondere Frau *Eva-Maria Weberling*, Herr *Sebastian Bich*, Herr Dr. *Florian Millner* sowie Herr *Peter Schäfer*, die mir bei der Erstellung dieser Arbeit und darüber hinaus jederzeit mit Rat und Tat zur Seite standen. Herrn Dr. *Dominik Stefer* danke ich für die stets anregenden Gespräche sowie seine kritischen Anmerkungen zum Manuskript. Frau *Nicole Wanske* gebührt nicht nur Dank für die finale Korrektur meiner Arbeit, sondern auch dafür, dass sie jeden Tag aufs Neue der große Rückhalt in meinem Leben ist.

Mein größter Dank gilt schließlich meinen Eltern, *Martin* und *Angelika Stark*, die mich in jeder Phase meines Lebens bedingungslos und liebevoll unterstützt haben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im Februar 2022

Niklas Maximilian Stark

Geleitwort des Herausgebers

Die vorliegende Abhandlung beschäftigt sich mit dem handelsrechtlichen, auf das Bilanzrichtlinien-Gesetz (BiRiLiG) vom 19. Dezember 1985 zurückgehenden Fortführungsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Das Fortführungsprinzip (*going concern principle*) ist ein *zentraler* Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung und Rechnungslegung. Er setzt eine Fortführungsprognose voraus, die die zur Aufstellung des Jahresabschlusses verpflichtete Geschäftsführung zu treffen hat und die bei prüfungspflichtigen Gesellschaften durch den Abschlussprüfer zu prüfen ist (§ 317 Abs. 1 Satz 1 HGB). Anlass für die vorliegende Arbeit bildet die Entscheidung des IX. Zivilsenats des BGH vom 26. Januar 2017 (BGHZ 213, 374), die die Bedeutung des Fortführungsprinzips in der (nahen) Insolvenz des Unternehmens unterstreicht. Die aktuelle COVID-19-Pandemie bringt weitere Besonderheiten für das Unternehmensfortführungsprinzip. Erwähnt seien nur das COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz (COVInsAG) vom 27. März 2020 (BGBl. I 2020 S. 569) sowie das Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (SanInsFoG) vom 22. Dezember 2020 (BGBl. I 2020 S. 3256). Zu beachten ist ferner das Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG – BGBl. I 2020 S. 3256), das der weiteren Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1023 vom 20. Juni 2019 (ABl.EU L 172 vom 26. Juni 2019, S. 18) dient. Auch dieses Gesetz hat weitreichende Auswirkungen auf das Fortführungsprinzip und die handelsrechtliche Rechnungslegung.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist, das Fortführungsprinzip in Bezug auf die unterschiedlichen (vor-)insolvenzlichen Abwicklungs- und Sanierungsformen zu untersuchen und die aufkommenden Fragen und Probleme einer rechtlich gebotenen wie auch praktisch orientierten Lösung unter Berücksichtigung von Einzelfällen zuzuführen.

Obgleich der Fortführungsgrundsatz einen zentralen Pfeiler des deutschen, europäischen und internationalen Rechts der Rechnungslegung bildet, ist die vorliegende Arbeit die erste Abhandlung in Deutschland, die das Fortführungsprinzip in großer Tiefe und Breite aus juristischer Sicht und dazu noch rechtsvergleichend mit der Schweiz untersucht. Die Arbeit ist sorgfältig strukturiert, analytisch und zielstrebig, vermeidet unnötige Längen, fängt kontroverse Literaturmeinungen ein und setzt sich eingehend mit der jüngsten einschlägigen Entscheidung des BGH auseinander,

Geleitwort des Herausgebers

die aufgrund des zur Entscheidung stehenden Sachverhalts bedauerlicherweise keine wegleitenden Klarstellungen vermittelt.

Der Verfasser hat sich mit der komplexen Materie auf einem Gebiet, auf dem sich Rechtswissenschaft und Betriebswirtschaft begegnen, intensiv beschäftigt und zeigt daher ein hohes Maß an Sachverstand – auch und gerade interdisziplinär – nicht nur bei der Aufarbeitung und Strukturierung des umfangreichen Stoffes, sondern auch bei der Klärung von Zweifelsfragen sowie der Suche nach zukunftsgerichteten Lösungen. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, dass der Verfasser die erst im Laufe der Bearbeitung des Themas in Kraft getretenen unionsrechtlichen Vorgaben des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens sowie die verschiedenen deutschen Gesetze und sonstigen Bestimmungen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie und deren Auswirkungen auf die Rechnungslegung der Unternehmen in seine Untersuchung einbezogen hat, ohne auf große Vorarbeiten zurückgreifen zu können. Der Verfasser „kämpft“ mit seiner vorliegenden Abhandlung daher so zu sagen „an vorderster Front“ des Rechnungslegungsrechts und des Insolvenz- und Sanierungsrechts bezüglich des Fortführungsprinzips.

Die Argumente, die der Verfasser entwickelt, sind durchgängig ausgewogen; seine Lösungen sind überzeugend, von den Zielen und Zwecken der handelsrechtlichen Rechnungslegung gedeckt und von Wirtschaftsprüfern im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nachprüfbar. Das gilt insbesondere für die Ausführungen des Verfassers zu der Problematik der Fortführungsprognose. Die Arbeit ist sprachlich klar und ohne Schnörkel verfasst und mit Nachweisen aus der betriebswirtschaftlichen wie der juristischen Literatur (soweit verfügbar) gut und sorgfältig unterlegt.

Insgesamt handelt es sich um eine wissenschaftlich herausragende Arbeit, die die Diskussion um den Fortführungsgrundsatz deutlich voranbringen und nachhaltig befruchten wird – auch und gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen des Rechnungslegungs-, (vorinsolvenzlichen) Sanierungsrechts sowie des Insolvenzrechts.

Heidelberg, im März 2022

Werner F. Ebke

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort des Herausgebers	9
Abkürzungsverzeichnis	25
Einleitung	35
§ 1: Einführung	35
§ 2: Zielsetzung	38
§ 3: Vorgehensweise	41
Erster Teil: Solvenz, Insolvenz, Resolvanz	43
§ 1: Solvenz	43
A. Das Unternehmen und sein Unternehmensträger	44
B. Grundlagen der handelsrechtlichen Rechnungslegung	45
I. Sonderbilanzen	46
II. Sinn und Zweck der handelsrechtlichen Rechnungslegung	46
1. Dokumentationsfunktion	48
2. Informations- und Rechenschaftsfunktion	48
3. Ausschüttungsbemessungsfunktion	50
4. Gläubigerschutzfunktion	50
III. Verknüpfung mit dem Steuerrecht	51
C. Betriebswirtschaftliche Unternehmenskrise	52
D. Wege aus der Unternehmenskrise	53
I. Restrukturierung	53
II. Sanierung	54
E. Vorinsolvenzliche Sanierung	55
I. Bisheriger <i>Status quo</i> : Außergerichtliche Sanierung	56
1. Reorganisation	57
2. Übertragende Sanierung	57
II. Neuer Ansatz: Vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren	58

Inhaltsverzeichnis

§ 2: Insolvenz	59
A. Eröffnungsgründe der Insolvenzordnung	60
I. Zahlungsunfähigkeit nach § 17 InsO	61
II. Überschuldung nach § 19 InsO	63
1. Rechnerische Überschuldung	65
2. Fortbestehensprognose	66
a) Prognosegegenstand	66
b) Liquiditätsprognose	67
c) Prognosezeitraum	68
III. Drohende Zahlungsunfähigkeit nach § 18 InsO	69
IV. Antragspflicht nach § 15a InsO	73
B. Regelinsolvenzverfahren	74
I. Eröffnungsverfahren	74
II. Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens	75
III. Abschluss des Regelinsolvenzverfahrens	76
§ 3: Resolvenz	76
A. Regelinsolvenzverfahren	77
B. Insolvenzplanverfahren	77
I. Sanierungs- oder Liquidationsplan	79
II. Ablauf des Insolvenzplanverfahrens	80
C. Eigenverwaltung	81
I. Vorläufige Eigenverwaltung	83
II. Ablauf des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung	84
D. Schutzschirmverfahren	84
I. Sanierungsbescheinigung	85
II. Ablauf des Schutzschirmverfahrens	86
§ 4: Zusammenfassung	86
Zweiter Teil: Zwischen Fortführung und Stilllegung des Unternehmens in der Insolvenz	89
§ 1: Ziele des Insolvenzverfahrens	89
A. Befriedigung der Gläubiger	90

B. Erhalt des Unternehmens	91
I. Meinungsbild in der Literatur	92
1. Mindestens gleichrangiges Verfahrensziel	92
2. Kein Verfahrensziel	93
3. Untergeordnetes Verfahrensziel	93
II. Auffassung der Rechtsprechung	94
III. Stellungnahme	95
C. Zusammenfassung und Ausblick	96
§ 2: Unternehmensfortführung versus Unternehmensstilllegung	97
A. Im Eröffnungsverfahren	97
I. Einstweilige Fortführung	98
II. Sofortige Stilllegung	99
III. Übertragende Sanierung	100
IV. Sonstige Instrumente zur Unterstützung der Fortführung	101
B. Im eröffneten Insolvenzverfahren	102
I. Einstweilige Fortführung vor dem Berichtstermin	102
II. Stilllegung und übertragende Sanierung vor dem Berichtstermin	103
III. Die Entscheidung im Berichtstermin	104
1. Sofortige Stilllegung	104
2. Sukzessive Stilllegung <i>versus</i> vorläufige Fortführung	104
3. Übertragende Sanierung	105
IV. Sonstige Instrumente zur Unterstützung der Fortführung	105
§ 3: Zusammenfassung	105
Dritter Teil: Entstehungsgeschichte und Grundlagen des Fortführungsprinzips	107
§ 1: Entstehungsgeschichte des Fortführungsprinzips	108
A. Die Entscheidung des II. Senats des <i>ROHG</i> vom 3. 12. 1873	108
B. Der Weg zur Kodifikation des Fortführungsprinzips	109
I. Die Entwicklung der Vierten EG-Richtlinie	109
II. Die Vierte EG-Richtlinie vom 25. 6. 1978	110

Inhaltsverzeichnis

III. Das Bilanzrichtlinie-Gesetz vom 19. 12. 1985	111
1. Exkurs: Einfluss von Berufsstandsvereinigungen	113
2. Rechtsnatur der IDW-Verlautbarungen	115
C. Die EU-Bilanzrichtlinie vom 26. 6. 2013	115
I. Widerlegliches Fortführungsprinzip und Fortführungsprognose	116
II. <i>De facto</i> uneingeschränktes Fortführungsprinzip und keine Fortführungsprognose	117
D. Auslegung des Art. 6 Abs. 1 lit. a BilRL	118
I. Grammatikalische Auslegung und Vergleich der Sprachfassungen	119
1. Deutsche Sprachfassung	119
2. Englische Sprachfassung	120
3. Spanische Sprachfassung	121
4. Italienische Sprachfassung	122
5. Französische Sprachfassung	122
6. Niederländische Sprachfassung	123
7. Portugiesische Sprachfassung	123
8. Zusammenfassung und Fazit	123
II. Systematische Auslegung	125
1. Grundsatz der Bilanzwahrheit	125
2. Rechnungslegung nach IFRS	129
a) Aufbau	130
b) Sinn und Zweck der IFRS-Rechnungslegung	131
c) Fortführungsprinzip	132
3. Vergleich mit Art. 6 Abs. 1 lit. c BilRL	135
4. Zusammenfassung und Fazit	135
III. Historische und genetische Auslegung	135
1. Geänderter Vorschlag einer Vierten EG-Richtlinie	136
2. Gesetzgebungsverfahren der Bilanzrichtlinie	136
3. Beredtes Schweigen	137
4. Streichung von Art. 31 Abs. 2 Vierte EG-RL	137
5. ErwG Nr. 16 BilRL, erster Satz	138
6. ErwG Nr. 24 BilRL, letzter Satz	140
7. Zusammenfassung und Fazit	140
IV. Das Rechtsverständnis des Fortführungsprinzips in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten	141
1. Österreich	141
2. Großbritannien	144

3. Irland	145
4. Spanien	146
5. Italien	148
6. Frankreich	149
7. Niederlande	150
8. Belgien	152
9. Portugal	154
10. Zusammenfassung und Fazit	156
V. Teleologische Auslegung	157
1. Schutz der Aktionäre, Gesellschafter und Dritter	157
2. Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse	159
3. Grundsatz der Bilanzwahrheit	160
4. Grundsatz des <i>effet utile</i>	161
5. Zusammenfassung und Fazit	162
VI. Auslegungsergebnis	163
E. Die Entscheidung des IX. Zivilsenats des <i>BGH</i> vom 26. 1. 2017	165
I. Ausgangslage	165
II. Relevanz für das Fortführungsprinzip	166
III. Vorlagepflicht zum <i>EuGH</i>	166
IV. Weitere unterinstanzliche Entscheidungen	167
F. Die Entscheidungen des <i>BFH</i> vom 27. 6. 2001 und vom 5. 4. 2017	169
§ 2: Grundlagen des Fortführungsprinzips nach HGB	169
A. Die grundlegende Bedeutung des Fortführungsprinzips	170
B. Zwischen gesetzlicher Vermutung und Fortführungsprognose	171
I. Die Unternehmenstätigkeit	172
II. Die Fortführung und ihr Bezugspunkt	174
III. Die Fortführungsprognose	175
1. Anlass zur Fortführungsprognose	175
2. Mit der Fortführungsprognose befasste Personen	178
3. Spannungsfeld und Folgenorientierung	179
a) Integrierte Unternehmensplanung	181
b) Gefahr der <i>self-fulfilling prophecy</i>	184
c) Erwartungslücke	184
d) Wiederaufleben des Fortführungsprinzips	185

Inhaltsverzeichnis

C. Das Verhältnis zu § 252 Abs. 2 HGB	185
D. Zwischenergebnis	186
§ 3: Zusammenfassung und Ausblick	186
Vierter Teil: Auswirkungen der (drohenden) Insolvenz auf die Rechnungslegung und das Fortführungsprinzip	189
§ 1: Auswirkungen der Insolvenz auf die Rechnungslegung	189
A. Dualismus der Rechnungslegung	189
I. Insolvenzrechtliche (interne) Rechnungslegung	190
1. Inventar und Vermögensübersicht	190
2. Sonstige Rechnungslegungspflichten	191
II. Handelsrechtliche (externe) Rechnungslegung	191
1. Klarstellungsfunktion des § 155 Abs. 1 InsO	191
2. Bedarf an handelsrechtlicher Rechnungslegung in der Insolvenz	192
3. Sinn und Zweck der handelsrechtlichen Rechnungslegung in der Insolvenz	194
a) Informationsfunktion	194
b) Ausschüttungsbemessungsfunktion	195
4. Das Geschäftsjahr in der Insolvenz	195
a) Beginn eines neuen Geschäftsjahres	196
b) Bildung von Rumpfgeschäftsjahren	197
5. Abschlussprüfung und Offenlegung in der Insolvenz	198
6. Handelsrechtliche Rechnungslegungswerke in der Insolvenz	199
a) Schlussbilanz vor der Insolvenz	200
b) Eröffnungsbilanz in der Insolvenz	201
c) Laufende Jahresabschlüsse in der Insolvenz	203
d) Schlussbilanz bei Betriebseinstellung und Stilllegung	203
e) Schlussbilanz in der Insolvenz	205
III. Harmonisierungsansätze	206
B. Zusammenfassung	207

§ 2: Die Fortführungsprognose im Kontext der Insolvenz	207
A. Abgrenzung von Fortführungsprognose und Fortbestehensprognose	208
I. Unterschiedliche Prognosegegenstände	208
II. Mögliche Wechselwirkungen	209
B. Tatsächliche und rechtliche Gegebenheiten	209
C. Insolvenzgründe und Insolvenzeröffnung	211
I. Meinungsbild in der Literatur und IDW	211
1. Insolvenz als zwingend entgegenstehende Gegebenheit	212
2. Insolvenz als nicht zwingend entgegenstehende Gegebenheit	212
a) Weite Auffassung	213
b) Enge Auffassung	214
c) Zwischenergebnis	215
II. Standpunkt des IX. Zivilsenats des <i>BGH</i>	216
III. Auslegung des § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB	222
1. Grammatikalische Auslegung	222
2. Systematische Auslegung	223
a) Handelsrecht	224
b) Gesellschaftsrecht	225
c) Insolvenzrecht	226
d) Umwandlungsrecht	228
e) Restrukturierungsrecht	229
3. Historische und genetische Auslegung	230
4. Teleologische Auslegung	230
5. Richtlinienkonformität	234
IV. Zusammenfassung und Fazit	234
D. Wahrscheinlichkeitsmaßstab	236
I. Hinreichende Wahrscheinlichkeit	237
II. Wahrscheinlichkeitsbegriff	240
E. Ausgewählte Situationen im Kontext der Insolvenz	240
I. Ablehnung der Insolvenzeröffnung nach § 26 InsO und Beendigung des Insolvenzverfahrens nach §§ 200, 207 oder 211 InsO	241
II. (Vorläufige) Eigenverwaltung nach §§ 270 ff. InsO	242
III. Schutzschirmverfahren nach § 270d InsO und <i>pre-packed plan</i>	242

Inhaltsverzeichnis

IV. Sanierungskonzept und Fortführungsinsolvenzplan	244
V. Sofortige Stilllegung nach § 22 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 InsO	246
VI. Sofortige Stilllegung nach § 158 Abs. 1 Var. 1 InsO	246
VII. Übertragende Sanierung	247
1. Exkurs: <i>Share Deal</i>	247
2. <i>Asset Deal</i>	247
VIII. Entscheidungen der Gläubigerversammlung nach § 157 InsO	250
1. Stilllegungsbeschluss	250
2. Einstweilige Fortführung	251
3. Beschluss zur Aufstellung eines Insolvenzplans	251
IX. Einfluss der Gläubiger	251
X. Exkurs: „Harte“ Patronatserklärung	253
F. Prognosezeitraum	253
I. Beginn des Prognosezeitraums	253
1. Mögliche Zeitpunkte	253
2. Stellungnahme	254
II. Stichtagsprinzip nach § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB	255
1. Meinungsbild in der Literatur und IDW	255
2. Stellungnahme	256
III. Dauer des Prognosezeitraums	258
1. Meinungsbild in der Literatur und IDW	259
2. Auffassung des IX. Zivilsenats des BGH	260
3. Stellungnahme und Zwischenergebnis	260
IV. Fester Prognosezeitraum versus Mindestprognosezeitraum	263
1. Meinungsbild in der Literatur und IDW	263
2. Auffassung des IX. Zivilsenats des BGH	265
3. Stellungnahme	266
G. Qualitative und quantitative Kriterien	270
I. Wertschöpfungsorientierter Ansatz	271
II. Stellungnahme	272
H. Anwendbarkeit auf Unternehmensteile	273
I. Eine <i>versus</i> mehrere Unternehmenstätigkeiten	273
II. Stellungnahme	274
III. Richtlinienkonformität und Rechtsvergleich	276

I. Wechselwirkungen von Fortführungs- und Fortbestehensprognose	277
I. Rückkopplungseffekt für die Fortführungsprognose	277
II. Rückkopplungseffekt für die Fortbestehensprognose	278
§ 3: Ausgewählte Fragestellungen bei Abkehr vom Fortführungsprinzip	278
A. Anschaffungs- und Herstellungskosten als Bewertungsobergrenze	279
I. Meinungsbild in der Literatur	279
II. Stellungnahme	280
B. Rechnungslegungswerke und erstmalige Abkehr	281
I. In der Schlussbilanz vor der Insolvenz	281
II. In der Eröffnungsbilanz in der Insolvenz	282
III. In einem laufenden Jahresabschluss in der Insolvenz	283
IV. In der Schlussbilanz in der Insolvenz	283
V. Zusammenfassung	284
C. Wiederaufleben des Fortführungsprinzips	284
I. Wiederaufnahme der Unternehmenstätigkeit	285
II. Einfluss der unterschiedlichen Verfahrensformen	287
III. Rechnungslegungswerke und Wiederaufleben	288
IV. Sonstige Konsequenzen	289
§ 4: Exkurs: Das Fortführungsprinzip und die Corona-Pandemie	290
A. Auswirkungen auf die Rechnungslegung	291
B. Auswirkungen auf das Insolvenzrecht	292
I. Suspendierung der Insolvenzantragspflicht	293
II. Prognosezeitraum der Fortbestehensprognose	294
III. Anwendung des bisherigen Rechts	295
IV. Erleichterter Zugang zum Schutzschirmverfahren	296
V. Sonstige Regelungen	296
C. Auswirkungen auf das Fortführungsprinzip	297
I. Notwendigkeit einer Fortführungsprognose	297
1. Entfall der Notwendigkeit einer Fortbestehensprognose	297
2. Unsicherheiten in „Zeiten der Verlegenheit“	298
3. Implizite und explizite Fortführungsprognose	300

Inhaltsverzeichnis

4. Zusammenfassung und Fazit	301
II. Werterhellendes <i>versus</i> wertbegründendes Ereignis	301
III. Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	302
1. Anfängliche Rechtslage nach § 1 S. 1 COVInsAG a.F.	302
a) „Positive“ Auswirkungen auf die Fortführungsprognose	303
b) Differenzierung nach Aussetzungsdauer	303
c) Keine Auswirkungen auf die Fortführungsprognose	304
2. Geltende Rechtslage nach § 1 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 und 3 COVInsAG	304
3. Stellungnahme	305
a) Kein Ausschluss der materiellen Insolvenz	305
b) Suspendierung nach § 1 Abs. 1 S. 2 und Abs. 3 S. 3 COVInsAG	306
c) Gläubigerinsolvenzanträge nach § 3 COVInsAG	306
d) Gesetzliche Vermutung nach § 1 Abs. 1 S. 3 Var. 2 COVInsAG	307
e) Keine Verkürzung des Prognosezeitraums	309
IV. Staatliche Hilfsmaßnahmen	309
V. Ausgestaltung und Dokumentation der Fortführungsprognose	310
D. Zusammenfassung und Fazit	311
§ 5: Zusammenfassung	312
Fünfter Teil: Auswirkungen des vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens auf das Fortführungsprinzip	315
§ 1: Historische Entwicklung	315
§ 2: Ziele des vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens	318
A. Erwägungsgründe der Restrukturierungsrichtlinie	318
B. Vergleich zum Richtlinienentwurf	319
C. Zielbestimmung nach § 29 Abs. 1 StaRUG	320

§ 3: Das vorinsolvenzliche Sanierungsverfahren im Überblick	321
A. Anwendungsbereich	322
B. Zugangsvoraussetzungen	322
I. Wahrscheinliche Insolvenz und Bestandsfähigkeit	323
II. Drohende Insolvenz	325
III. Nachhaltige Bewältigung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	325
1. Grundkonzept nach §§ 31 ff. StaRUG	327
2. Zugang bei Überschuldung?	327
3. Zugang bei Zahlungsunfähigkeit?	330
C. Die wesentlichen Sanierungsinstrumente	330
I. Moratorium bzw. Stabilisierung	330
1. Europarechtliche Ausgestaltung nach Art. 6 RestruktRL	331
2. Stabilisierung nach §§ 49 ff. StaRUG	332
3. Suspendierung der Insolvenzantragspflicht und Gläubigeranträge	334
a) Als Folge des Moratoriums	335
b) Als Folge der Rechtshängigkeit bzw. Stabilisierung	336
II. Restrukturierungsplan	338
1. Europarechtliche Vorgaben nach Art. 8-16 RestruktRL	338
a) Planabstimmung und <i>Cram-down</i>	339
b) Planbestätigung	340
c) Rechtsfolgen und Rechtsbehelfe	341
2. Restrukturierungsplan nach §§ 2 ff. StaRUG	341
a) Planabstimmung und <i>Cram-down</i>	342
b) Planbestätigung	344
c) Rechtsfolgen und Rechtsbehelfe	344
III. Schutz von Sanierungsfinanzierungen	345
D. Zusammenfassung und Ausblick	346
§ 4: Rechnungslegung und vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren	348
A. Dualismus der Rechnungslegung	348
I. Vorinsolvenzliche Rechnungslegung	348
1. Inventar und Vermögensübersicht	349
2. Stellungnahme	350

Inhaltsverzeichnis

II. Handelsrechtliche Rechnungslegung	351
1. Klarstellende Regelung wie § 155 Abs. 1 S. 1 InsO	352
2. Kein Beginn eines neuen Geschäftsjahres	354
3. Pflicht zur Unternehmensplanung	356
B. Zwischenergebnis	356
§ 5: Übertragbarkeit der zuvor gefundenen Ergebnisse zum Fortführungsprinzip und verbleibende Besonderheiten	357
A. Rechtshängigkeit und Aufhebung der Restrukturierungssache	357
B. Eintritt von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	360
C. Suspendierung der Insolvenzantragspflicht	361
D. Anordnung und Aufhebung einer Stabilisierung	361
E. Restrukturierungsplan	362
I. Erfolgversprechende Verhandlungen	362
II. Konsensuale Annahme oder Bestätigung	363
III. Ablehnung oder Versagung der Bestätigung	364
F. Übertragende Sanierung	365
G. Scheitern der Sanierung und Folgeinsolvenz	365
H. Erstmalige Abkehr vom Fortführungsprinzip	366
§ 6: Zusammenfassung	366
Sechster Teil: Rechtsvergleichung mit der Schweiz	368
§ 1: Rechtsvergleichung	369
§ 2: Fortführungsprinzip und (Vor-)Insolvenz nach Schweizer Recht	369
A. Grundlagen der „neuen“ Schweizer Rechnungslegung	370
I. Sinn und Zweck der „neuen“ Schweizer Rechnungslegung	371
II. Mit der Neuordnung verfolgte Ziele	371
B. Entstehungsgeschichte des Fortführungsprinzips in der Schweiz	372
I. Die Kodifikation durch das Bundesgesetz vom 4. 10. 1991	372

II. Die Neufassung durch das Bundesgesetz vom 23. 12. 2011	373
C. Grundlagen des Fortführungsprinzips in der Schweiz	374
I. Grundlegende Bedeutung	374
II. Gesetzliche Annahme und Fortführungsprognose	375
1. Das Unternehmen und seine Tätigkeit	376
2. Fortführungsprognose	376
a) Anlass zur Fortführungsprognose	376
b) Spannungsfeld	377
c) Liquiditätsplanung	378
D. Die konkrete Ausgestaltung des Fortführungsprinzips und der Fortführungsprognose	379
I. Prognosezeitraum	379
1. Beginn des Prognosezeitraums	379
2. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	379
3. Dauer des Prognosezeitraums	379
II. Wahrscheinlichkeitsmaßstab	380
III. Rechtsfolgen der Abkehr	381
IV. Anwendbarkeit des Fortführungsprinzips auf Unternehmensteile	382
E. Auswirkungen der Insolvenz auf die Rechnungslegung und das Fortführungsprinzip	382
I. Grundlagen des Schweizer Insolvenzrechts	383
1. Eröffnungsgründe	383
a) Bisherige Rechtslage nach Art. 725 und 725a OR	384
b) Zukünftige Rechtslage nach Art. 725b OR n.F.	384
2. Konkursverfahren	385
II. Rechnungslegung in der Insolvenz	387
III. Auswirkungen der Insolvenz auf die Fortführungsprognose	387
1. Liquidation	387
2. (Drohende) Zahlungsunfähigkeit	388
3. (Drohende) Überschuldung	389
4. Konkursverfahren	390
F. Fortführungsprinzip und Sanierungsmöglichkeiten	390
I. Grundlagen des schweizerischen Sanierungsrechts	391
1. Konkursaufschub nach Art. 725a OR	391
2. Aufschub nach Art. 725b Abs. 4 Nr. 2 OR n.F.	392

Inhaltsverzeichnis

3. Nachlassverfahren	392
II. Auswirkungen der Sanierungsmöglichkeiten auf die Rechnungslegung und das Fortführungsprinzip	394
1. Konkursaufschub nach Art. 725a OR	394
2. Aufschub nach Art. 725b Abs. 4 Nr. 2 OR n.F.	395
3. Nachlassverfahren	395
G. Ausblick: Vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren	396
§ 3: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	397
A. Gesetzliche Kodifikation	397
B. Grundlegende Annahme und Fortführungsprognose	398
C. Bedeutung der Fortführungsprognose für die Überschuldung	398
D. Wahrscheinlichkeitsmaßstab	399
E. Liquiditätsplanung	399
F. Fortführungsprinzip und Liquidation sowie Insolvenz	399
G. Anschaffungs- und Herstellungskosten	401
H. Fortführungsprinzip und Unternehmensteile	402
§ 4: Rechtsvergleichende Überlegungen	402
§ 5: Zusammenfassung	405
Siebter Teil: Schlussbetrachtung	407
Literatur- und Quellenverzeichnis	411

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.F.	alte Fassung
a.M.	am Main
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
ACCR	The Accounting Review (Zeitschrift)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft, Amtsgericht, Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Zeitschrift)
AKEIÜ	Arbeitskreis Externe und Interne Überwachung der Unternehmung
AktG	Aktiengesetz
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AReG	Abschlussprüfungsreformgesetz
Art.	Artikel, artículo, articolo, article
AS	Amtliche Sammlung
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBB	Berater-Brief Betriebswirtschaft (Zeitschrift)
BBK	Buchführung, Bilanzierung, Kostenrechnung (Zeitschrift)
BBl	Bundesblatt
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling (Zeitschrift)
BCG	Boston Consulting Group
BDU	Bundesverband Deutscher Unternehmensberater e.V.
Bearb.	Bearbeiter
BeckBilKomm	Beck'scher Bilanz-Kommentar
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer, Begründung

Abkürzungsverzeichnis

Beil.	Beilage
Beschl.	Beschluss
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BG	Bundesgesetz, Bundesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilRL	Bilanzrichtlinie
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BiRiLiG	Bilanzrichtlinien-Gesetz
BlgNR	Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrats
BlSchK	Blätter für Schuldbetreibung und Konkurs (Zeitschrift)
BOARD	BOARD – Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland (Zeitschrift)
BOE	Boletín Oficial del Estado
BR	Bundesrat
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BS	Belgisch Staatsblad
BStBK	Bundessteuerberaterkammer
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Burgerlijk Wetboek
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
c.	Chapter
C. com.	Code de commerce
ca.	circa
CC	Codice civile
CCo	Código de Comercio
CEE	consiglio delle comunità europee
CF	Conceptual Framework
CHK	Handkommentar zum Schweizer Privatrecht
CNC	Comissão de Normalização Contabilística
COM	Commission
COVID-19	Coronavirus SARS-CoV-2

COVInsAG	COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz
CSR	Corporate Social Responsibility
d.	den
d.h.	das heißt
DAV	Deutscher Anwaltsverein e.V.
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DR	Diário da República
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStR-Beih	DStR-Beihefter (Zeitschrift)
DStRK	Deutsches Steuerrecht kurzgefasst (Zeitschrift)
DStRE	Deutsches Steuerrecht Entscheidungsdienst (Zeitschrift)
DStV	Deutscher Steuerberaterverband e.V.
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
DWB	Die Betriebswirtschaft (Zeitschrift)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (Zeitschrift)
e.V.	eingetragener Verein
E-COVInsAG	Entwurf COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz
E-HGB	Entwurf-Handelsgesetzbuch
E-OR	Entwurf-Obligationenrecht
E-SanInsFoG	Entwurf-Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz
E-StaRUG	Entwurf-Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz
EBO	European Business Organization Law Review (Zeitschrift)
EC	European Commission; Sistema de Normalização Contabilística Estrutura Conceptual
EF	Expert Focus (Zeitschrift)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
endg.	endgültig
EPS	Entwurf Prüfungsstandard
ErwG	Erwägungsgrund
ESUG	Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
et al.	et alii; und andere
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuInsVO	Europäische Insolvenzverordnung
EuR	Europarecht (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EU-APrVO	Verordnung über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FEE	Federation of European Accountants
FER	Stiftung für Fachempfehlungen zur Rechnungslegung, Fachempfehlungen zur Rechnungslegung
ff.	folgenden
FG	Festgabe
FK	Frankfurter Kommentar
FMStG	Finanzmarktstabilisierungsgesetz
Fn.	Fußnote
FN-IDW	IDW-Fachnachrichten (Zeitschrift)
FRC	Financial Reporting Council
FRS	Financial Reporting Standard
FS	Festschrift
g.h.M.	ganz herrschende Meinung
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
GenG	Genossenschaftsgesetz
GesKR	Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH-StB	Der GmbH-Steuerberater (Zeitschrift)
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH Rundschau (Zeitschrift)
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoR	Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung
GoS	Grundsätze ordnungsgemäßer Sanierungskonzepte
GrS	Großer Senat
GU	Gazzetta Ufficiale
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.M.	herrschende Meinung
Halbs.	Halbsatz
HamKo	Hamburger Kommentar
Hdb.	Handbuch
HdJ	Handbuch des Jahresabschlusses

HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft
HFA	Hauptfachausschuss
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Heidelberger Kommentar
HRegV	Handelsregisterverordnung
HRI	Handbuch Restrukturierung in der Insolvenz
Hrsg.	Herausgeber
HWP	Handbuch der Wirtschaftsprüfung
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.E.	im Ergebnis
i.H.v.	in Höhe von
I.O.	Iris Oifigiúil
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des(der)
i.S.e.	im Sinne eine(r)(s)
i.S.v.	im Sinne von
IAS	International Accounting Standards
IASB	International Accounting Standards Board
IAASB	International Audit and Assurance Standards Board
ICLQ	The International & Comparative Law Quarterly (Zeitschrift)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IFAC	International Federation of Accountants
IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Committee
IFRS	International Financial Reporting Standards
InsO	Insolvenzordnung
InsVereinfG	Gesetz zur Vereinfachung des Insolvenzverfahrens
InsVZ	Zeitschrift für Insolvenzverwaltung und Sanierungsberatung (Zeitschrift)
Int.	Internationales
IPSAS	International Public Sector Accounting Standards
IRÄG	Insolvenzrechtsänderungsgesetz
IRZ	Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung (Zeitschrift)
ISA	International Standards of Auditing
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
IStR-LB	Internationales Steuerrecht-Länderbericht (Zeitschrift)
ISU	Institut für die Standardisierung von Unternehmenssanierungen
IVZW	Internationale vereniging zonder winstoogmerk
IWF	Internationaler Währungsfond
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
JORF	Journal Officiel de la République Française
jurisPR-InsR	Juris PraxisReport Insolvenzrecht (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
kamerstuknr.	kamerstuknummer
Kap.	Kapitel
KFS/PG	Fachgutachten, Richtlinien und Stellungnahmen zu Grundsatzfragen der Prüfung der Kammer der Wirtschaftstreuhänder in Österreich
KFS/RL	Fachgutachten, Richtlinien und Stellungnahmen zur Rechnungslegung der Kammer der Wirtschaftstreuhänder in Österreich
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
KMAG	Kommanditaktiengesellschaft
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KO	Konkursordnung
KOM	Kommission
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KK-RLR	Kölner Kommentar zum Rechnungslegungsrecht
KS	Kölner Schrift
KSI	Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung (Zeitschrift)
KSW	Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht (Zeitschrift), zuvor: Konkurs Treuhand Sanierung (Zeitschrift)
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LG	Landgericht
lit.	littera
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MaS	Mindestanforderungen an Sanierungskonzepte
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MüKo	Münchener Kommentar
n°	numéro, número
n.	numero
n.°	número
n.F.	neue Fassung
NCRF	Norma contabilística e de relato financeiro
NIVD	Neue Insolvenzverwaltervereinigung Deutschlands e.V.
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift (Zeitschrift)
no.	number
Nr.	Nummer
núm.	Número

Abkürzungsverzeichnis

nrkr	nicht rechtskräftig
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht (Zeitschrift)
ÖBGBl.	österreichisches Bundesgesetzblatt
OHG	Offene Handelsgesellschaft
öHGB	Österreichisches Handelsgesetzbuch
OIC	Organismo Italiano di Contabilità
OLG	Oberlandesgericht
OR	Obligationenrecht
par.	paragrafo
para.	paragraph(s)
pará.	parágrafo
PGC	Plan General de Contabilidad
PiR	Internationale Rechnungslegung (Zeitschrift)
POC	Plano Oficial de Contabilidade
PS	Prüfungsstandard
PublG	Publizitätsgesetz
RAW	Recht Automobil Wirtschaft (Zeitschrift)
RdF	Recht der Finanzinstrumente (Zeitschrift)
RechtsBehEG	Gesetz zur Einführung einer Rechtsbehelfsbelehrung im Zivilprozess und zur Änderung anderer Vorschriften
Reg.	Regulations
RegE	Regierungsentwurf
Rep.	Repertorium
RestruktRL	Restrukturierungsrichtlinie
RH	Rechnungslegungshinweis
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
RLE	Richtlinienentwurf
RLG	Rechnungslegungsgesetz
Rn.	Randnummer(n)
ROHG	Reichsoberhandelsgericht
ROHGE	Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts
RS	Stellungnahme zur Rechnungslegung
Rs.	Rechtssache
S	Standard
S.	Satz, Sätze, Seite(n)
S.I.	Statutory Instruments
SanB	Der Sanierungsberater (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

SanInsFoG	Gesetze zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts
SARS-CoV-2 sch.	severe acute respiratory syndrome coronavirus type 2 schedule
SchKG sec.	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs section(s)
SER	Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision
SGB	Sozialgesetzbuch
SIC	Standing Interpretations Committee
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung (Zeitschrift)
Slg.	Sammlung
SME	small and medium-sized entities
SNC	Sistema de Normalização Contabilística
sog.	sogenannte(r)(n)
SPS	Schweizer Prüfungsstandards
SR	Systematische Rechtssammlung
ST	Der Schweizer Treuhänder (Zeitschrift)
St. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
StaRUG	Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz
StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)
Stb.	Staatsblad
Stbg	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
StGB	Strafgesetzbuch
StuB	Steuer- und Bilanzpraxis (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
Suppl.	Supplemento
Swiss GAAP FER	Swiss Generally Accepted Accounting Principles Fachempfehlungen zur Rechnungslegung
TPR	Tijdschrift voor Privaatrecht (Zeitschrift)
TREX	Der Treuhandexperte (Zeitschrift)
Tz.	Textziffer
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung (Zeitschrift)
UGB	Unternehmensgesetzbuch
UmwG	Umwandlungsgesetz
Urt.	Urteil
US	United States
US GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
USA	United States of America
v.	vom, von
v. a.	vor allem

VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Var.	Variante
veb.ch	Schweizerische Verband der diplomierten Experten in Rechnungslegung und Controlling
Verf.	Verfasser
vgl.	vergleiche
VID	Verband Insolvenzverwalter Deutschlands e.V.
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung
VZW	Vereniging zonder winstoogmerk
wistra	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht (Zeitschrift)
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)
WP	Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfung
WP Praxis	Wirtschaftsprüfung Praxis (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WPK-Mitt.	Mitteilungen der Wirtschaftsprüferkammer (Zeitschrift)
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)
WV	Wetboek van vennootschappen
WVV	Wetboek van vennootschappen en verenigen
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (Zeitschrift)
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft (Zeitschrift)
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung (Zeitschrift)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht (Zeitschrift), zuvor: Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (Zeitschrift)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZK	Zürcher Kommentar
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRI	Zeitschrift für Restrukturierung und Insolvenz (Zeitschrift)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)
ZVG	Zwangsvollstreckungsgesetz
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
ZZZ	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht (Zeitschrift)

